

Klare Kante gegen Rechts!

Die Bundesjugendversammlung möge beschließen:

Die anstehenden Wahlen für das europäische Parlament, aber insbesondere auch die Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg machen uns Sorgen. Es ist ein gesellschaftlicher Rechtsruck zu beobachten. Rechte Parteien und insbesondere die faschistische AFD gewinnen mehr und mehr an Boden. Auch in den bürgerlichen Parteien wird gegen Menschen gehetzt und klassistisch, sexistisch und rassistisch argumentiert – SPD und Grüne aber insbesondere CDU/CSU und FDP übernehmen rechte Narrative und bauen ihre Brandmauern gegen rechts ab. Besonders besorgniserregend für uns ist dabei, dass insbesondere unter jungen Menschen rechte Parteien immer mehr Unterstützung bekommen.

Die aktuelle Entwicklung betrifft und gefährdet uns alle, denn sie richtet sich gegen unsere Freiheiten, Grundrechte und Demokratie. Besonders betroffen und unmittelbar bedroht sind jedoch Menschen die durch Klassismus, Rassismus und/oder Sexismus benachteiligt werden, also zum Beispiel rassifizierte Menschen, Queers, Frauen, Menschen mit Be_hinderungen und Menschen, die von Armut betroffen sind.

Auch im Umweltschutz tummeln sich viele rechte Menschen, die ihre faschistischen und menschenfeindlichen Ideologien im sogenannten

„Heimatschutz“ verwirklichen wollen. Der BUND hat durch den Bund Naturschutz (seiner bayrischen Gründungsmitgliedsorganisation) eine Tätergeschichte im deutschen Faschismus, die noch nicht (hinreichend) aufgearbeitet wurde. Besonders im Hinblick auf die aktuelle politische Entwicklung ist nicht nur die geschichtliche Aufarbeitung, sondern auch die Sensibilisierung der Verbandsstrukturen auf das Missbrauchspotential von Umwelt- und Naturschutzorganisation gegenüber rechter Ideologien wichtiger denn je.

Während bürgerliche Parteien, hier vor allem die Union, und das neue Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW) versuchen, die AFD durch eine Übernahme ihrer rechten und faschistischen Narrative zu schwächen, stärken sie diese dabei jedoch nur. Sie bekräftigen durch ihr Handeln lediglich diskriminierende Theorien und gefährden so die betroffenen Menschen. Ihre ungerechte Sozialpolitik, die Abstiegsorgen und -ängste befeuert, stärkt die politische Rechte. Um diese Entwicklung hin zu rechterer Politik aufzuhalten braucht es nicht nur überzeugende linke Antworten, die die demokratiefeindlichen Theorien durch echte Lösungen und gerechte Alternativen zerlegen, sondern auch positive und fortschrittliche Erzählungen und Visionen. Unsere Demokratie muss (vor allem auch in regionalen Kontexten) erlebbar, transparenter und überzeugender werden. Es braucht eine gesamtgesellschaftliche Brandmauer gegen die AFD und gegen rechte Ideologien. Es müssen die Werkzeuge der wehrhaften Demokratie genutzt werden, bevor dies nicht mehr möglich ist – AFD-Verbot jetzt! Die BUNDjugend fordert deshalb die Bundesregierung, den Bundestag sowie den Bundesrat als antragsberechtigte

Verfassungsorgane dazu auf, beim Bundesverfassungsgericht das Verbot der AfD gem. Art. 21 Abs. 2 GG zu beantragen.

Wir fordern mehr Freiräume, wie Jugendclubs, und insbesondere mehr Schutz für Menschen, die durch unser diskriminierendes Gesellschaftssystem massiv leiden. Da das kapitalistische System, in dem wir aktuell leben, Diskriminierung begünstigt, und wir uns gegen jegliche Formen der Diskriminierung stellen, verstehen wir uns in der Konsequenz auch als antikapitalistischen Verband.

Die Bundesgeschäftsstelle soll mit dem Bundesvorstand:

- eine Broschüre, die über die Gefahren von rechts aufklärt und Handlungsempfehlungen für Aktive in der Umwelt- und Naturschutzbewegung gibt, entwickeln. Dabei soll die Vergangenheit des Bund Naturschutz berücksichtigt und kritisch betrachtet werden.
- ein Workshop zum Thema Rechtsextremismus im Natur- und Umweltschutz für die Aktiven und Mitarbeitenden der BUNDjugend anzubieten.

Wir müssen uns bezüglich der Gefahren von Rechts im Umweltschutz sensibilisieren, um solche Personen und Ideologien schnell zu erkennen und aus unserem Verein entfernen zu können. Dabei ist eine klare Kante gegen Rechts immer die Grundlage der Kommunikation.